



Ausschuss für Gleichstellung und Frauen

7. Sitzung (öffentlich)

7. Dezember 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Susanne Schneider (FDP) (stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/800	
Vorlage 17/301	
Vorlage 17/380	
Einzelplan 08 (ausschließlich gleichstellungsrelevante Kapitel des Einzelplans)	
– abschließende Beratung und Abstimmung	

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 08 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und AfD bei Enthaltung der Grünen zu.

2 Geschlechtergerechtigkeit durch den Kinder- und Jugendförderplan sicherstellen – öffentliche Mittel geschlechtergerecht verteilen! 10

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/1280

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von CDU und FDP, die sich für eine nachrichtliche Beteiligung an der Anhörung im federführenden Ausschuss aussprechen, gegen die Stimmen von SPD und Grünen, die eine pflichtige Beteiligung wünschen, bei Enthaltung der Fraktion der AfD, sich nachrichtlich an der Anhörung zu beteiligen.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Stellv. Vorsitzende Susanne Schneider teilt mit, dass vereinbarungsgemäß in dieser Sitzung in Fraktionsstärke abgestimmt werde.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800

Vorlage 17/301

Vorlage 17/380

Einzelplan 08
(ausschließlich gleichstellungsrelevante Kapitel des Einzelplans)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Stellv. Vorsitzende Susanne Schneider gibt folgende Hinweise: Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/800 sei mit Plenarbeschluss vom 15. November 2017 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden. Der HFA erwarte bis zum 8. Dezember 2017 die Voten der Fachausschüsse. Die zweite Lesung sei für das Dezemberplenium geplant.

Gemäß der Verständigung in diesem Ausschuss lägen keine Änderungsanträge vor.

Anja Butschkau (SPD) führt aus, die Abgeordneten der SPD-Fraktion freuten sich darüber, dass dieser Haushalt auf den ersten Blick eine rot-grüne Handschrift trage. Denn im Vergleich zu den letzten Jahren habe sich ja Gott sei Dank nicht wirklich etwas verändert. Ihre Fraktion hoffe, dass das auch in den nächsten Jahren so bleibe, habe daran aber berechtigte Zweifel, zum Beispiel angesichts der Position der Regierungsfaktionen zu den Kompetenzzentren Frau und Beruf.

Wenn man sich den Gesamthaushalt anschauere, stelle man fest, dass gravierende soziale Einschnitte stattgefunden hätten. Man könne hier nach Ansicht der SPD-Fraktion von einem Haushalt der sozialen Kälte sprechen.

Bei der Streichung des Sozialtickets – übrigens eine Maßnahme, die Alleinerziehende in Teilzeit besonders hart getroffen hätte – habe der öffentliche Druck die Mitte-rechts-Koalition ja erst einmal glücklicherweise zum Einknicken bewegt. Dieses Beispiel zeige aber, dass man auch bei den zukünftigen Haushaltsberatungen mit Einschnitten rechnen müsse, die vor allem Frauen träfen, denen es wirtschaftlich nicht so gut gehe.

Wie bereits im Spätsommer angekündigt hebe die Landesregierung die Zuschüsse für die Frauenhäuser und die allgemeinen Frauenberatungsstellen leicht an. Die SPD meine, dass diese milde Gabe die Probleme nicht lösen werde. Gebraucht werde eine nachhaltige Lösung, die langfristig die steigenden finanziellen Bedarfe decken könne. Bereits Anfang des Jahres hätten die Frauenhäuser deutlich gemacht, vor welchen enormen finanziellen Herausforderungen sie stünden. Das sollte auch bei den jetzigen Regierungsfaktionen angekommen sein. Das Geld reiche vorne und hinten nicht, um

dem gestiegenen Aufkommen hilfeschender Frauen gerecht werden zu können. Gestiegene Kosten zum Beispiel aufgrund höherer Tarifabschlüsse würden unzureichend gedeckt. Die Träger der Frauenhäuser seien gezwungen, immer mehr Spenden einzuwerben. Angesichts der großen Bedeutung dieses Themas, die auch CDU und FDP nicht bestritten, müsse man die Frauenhäuser stärker in ihrer wichtigen Arbeit unterstützen.

Mit Titelgruppe 63 führe man eine Haushaltsstelle für den Schutz und die Hilfe für von Gewalt betroffene Männer ein. Die SPD wolle gerne wissen, auf welche Weise man nun den Bedarf ermitteln wolle und woher man die Mittel für diese Titelgruppe nehmen werde, ob die also an anderer Stelle eingespart würden.

Der Versand des Erläuterungsbandes sei äußerst spät erfolgt. Wenn man in diesem Ausschuss sachlich über den Haushalt diskutieren wolle, brauche das eine entsprechende Vorbereitungszeit. Die SPD wünsche sich da mehr Transparenz.

In der letzten Ausschusssitzung habe Frau Lux für die SPD-Fraktion eine Auflistung der geplanten Leistungen aller Ressorts mit queerpolitischem Bezug angefordert, die früher in einer Übersicht der Anlage 2 aufgeführt gewesen sei. Diese sei der SPD gestern zugegangen. Die SPD hoffe, dass der angekündigte Service des Ministeriums zukünftig anders aussehe. Sie bitte darum, angekündigte Dokumente in geeigneter Form und zeitnah zuzustellen.

Stellv. Vorsitzende Susanne Schneider macht eine persönliche Anmerkung: Es handle sich um eine christlich-liberale Koalition. Der Landesregierung gehöre keine rechte Partei an. Sie persönlich hoffe auch, dass das so bleibe. – **Thomas Röckemann (AfD)** ist der Ansicht, diese private Meinung gehöre nicht in diesen Ausschuss.

Josefine Paul (GRÜNE) bedankt sich dafür, dass das so unbürokratisch funktioniert habe, dass der Ausschuss von Minister Stamp noch diese Liste bekommen habe.

Selbstverständlich hätte sich auch ihre Fraktion gefreut, wenn sie alle haushaltsrelevanten Informationen früher bekommen hätte. Ihre Fraktion sei sich auch der Tatsache bewusst, dass sie diesem verkürzten oder etwas komprimierteren Verfahren mit zugestimmt habe. Trotzdem hofften die Grünen, dass das im Sinne einer vernünftigen und sachlichen Beratung im Parlament nicht Schule mache, sondern im nächsten Jahr wieder das übliche Verfahren eingehalten werde.

Zur Landesfachstelle Trauma und Leben im Alter bitte sie um Auskunft, ob die weiterhin gefördert werden solle.

Natürlich sei ihre Fraktion erst einmal froh darüber, dass die Mittel größtenteils überrollt worden seien.

Sie begrüße, dass die angedachten Kürzungen bei der Fachstelle Frau und Beruf nicht mehr im Raum stünden, und wünsche sich, dass die Landesregierung auch mit Blick auf die anstehende neue Förderperiode rechtzeitig das Signal der Planungssicherheit an die Kompetenzzentren aussende.

Selbstverständlich finde ihre Fraktion es gut, dass die neue Landesregierung nicht nur den Haushaltsansatz im Bereich gewaltbetroffene Frauen und Gewaltschutz überrollt habe, sondern auch – wenn auch sehr moderat, aber immerhin – zu Erhöhungen gekommen sei: 500.000 € für die Frauenhäuser, 100.000 € für die Frauenberatungsstellen. Auch die Frauenhäuser und die Frauenberatungsstellen hätten in der Anhörung ja durchaus deutlich gemacht, dass sie das auch gut fänden und für einen Schritt in die richtige Richtung hielten. Sie hätten aber auch deutlich gemacht, dass das aus ihrer Sicht nicht ausreiche. Dieser Auffassung schlossen sich vermutlich alle an.

Eines habe sie in diesem Zusammenhang allerdings ein wenig gewundert. Die Ministerin habe sich bezogen auf die Kritik der LAG der Autonomen Frauenhäuser, dass diese Mittel schlicht und ergreifend nicht ausreichend seien, von der „WAZ“ mit dem Satz zitieren lassen: Nach den bisher konstruktiven Treffen empfinde ich diese Haltung als eher belastend für die weiteren Gespräche. – Sie hoffe, dass das nicht so sein werde und kein belastetes Verhältnis konstatiert werden müsse. Denn dass die Frauenhäuser darauf aufmerksam machten, dass man an den meisten Tagen beim Ampelsystem der LAG zu viele rote Ampeln habe, also zu wenig freie Plätze, sei doch richtig. Darüber, dass dort Handlungsbedarf bestehe, herrsche doch Einigkeit. Zu sagen, dass die berechtigte Kritik weitere Gespräche belasten könne, halte sie für eine etwas dünnhäutige Reaktion.

Abschließend wolle sie noch auf einen Punkt eingehen, der zwar haushalterisch nicht in die Zuständigkeit dieses Ausschusses gehöre, aber inhaltlich. Das Schwule Netzwerk habe in seiner Stellungnahme zum Haushalt mit Bezug auf das Prostituiertenschutzgesetz noch einmal darauf hingewiesen, dass die Zielgruppe zukünftig unter Umständen größere Schwierigkeiten haben werde, was gesundheitliche und soziale Beratung angehe, weil es sich dabei oftmals um Personen handele mit ungeklärtem Aufenthaltstitel, die sich nicht unbedingt anmelden würden oder anmelden könnten. Aber auch für diese Menschen, die laut der Antwort auf die entsprechende Kleine Anfrage nach den vorliegenden Zahlen ungefähr 99 % ausmachten, brauche man weiterhin Beratungsangebote. Zu Recht weise das Schwule Netzwerk gemeinsam mit der Aidshilfe darauf hin, dass man dort mehr Beratungsbedarfe habe und dass die auch im nächsten Haushalt abgebildet sein sollten, damit alle diejenigen, die in der Sexarbeit tätig seien, auch Zugang hätten zu gesundheitlicher, sozialer und gegebenenfalls auch zu rechtlicher und Ausstiegsberatung.

Heike Troles (CDU) lobt die Ministerin für den Haushaltsentwurf. Die CDU begrüße es sehr, dass der Ansatz für die Frauenhäuser erhöht worden sei bei gleichzeitiger Vereinbarung über die Verweildauer der Frauen. Denn der CDU sei es auch ganz wichtig, weiterhin die Selbstständigkeit der Frauen zu fördern.

Ebenso finde die CDU erfreulich, dass die Frauenberatungsstellen nach einigen Jahren Stillstand und ohne Mittelerhöhungen nun wieder bedacht worden seien. Denn in vielen Gesprächen mit Frauenberatungsstellen hätten diese immer wieder beklagt, in der Vergangenheit Schwierigkeiten gehabt zu haben, überhaupt über die Runden zu kommen.

Frau Butschkau habe gesagt, dass der Haushalt eine rot-grüne Handschrift trage. Gleichzeitig spreche sie aber von sozialer Kälte. Ihr erschließe sich nicht, was Frau Butschkau damit genau gemeint habe.

Martina Hannen (FDP) hält diese Aussagen von Frau Butschkau auch für widersprüchlich.

Sie danke Frau Paul dafür, dass sie den Haushalt positiv bewertet habe. Sie, Hannen, freue sich über diesen Haushaltsentwurf, mit dem die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag schnell umgesetzt würden.

Ganz besonders freue sich die FDP darüber, dass die rot-grüne Gleichstellungspolitik oder Frauenpolitik in Form von simpler Gleichmacherei mit diesem Haushaltsplanentwurf ein Ende finde. Der gesellschaftliche Zeitgeist erfordere diese Weiterentwicklung auch. Gleichstellungspolitik müsse so aufgefasst werden, dass das jeweils situativ schwächere Geschlecht gestärkt werde. Das werde mit diesem Haushalt hervorragend umgesetzt.

Die FDP begrüße den Landesaktionsplan gegen Gewalt an Jungen, Männern und LSBTI.

Der Haushalt sei durchdacht. Es würden bewusst neue Wege eingeschlagen im Bereich Frauen und Gleichstellung.

Anja Butschkau (SPD) stellt klar, sie habe von sozialer Kälte bezogen auf den Gesamthaushalt gesprochen und von einer Überrollung bezogen auf den Einzelplan.

Thomas Röckemann (AfD) beklagt ebenfalls, dass die Erläuterungen zum Haushalt erst so spät vorgelegen hätten.

Die AfD halte die rechtliche Gleichstellung für erreicht.

Die AfD begrüße, dass erstmalig auch Männerprojekte gefördert werden sollten und im Haushalt dafür bis zu 150.000 € vorgesehen seien. Zukünftig sollte es aber kein so gewaltiges Missverhältnis in der Förderung mehr geben wie jetzt angesichts von knapp 25 Millionen € für Frauenprojekte.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) nimmt Stellung, CDU und FDP setzten mit diesem Haushalt 2018 ihre Politik der Jahre 2005 bis 2010 fort. Unabhängig von Regierungskonstellationen gebe es außerdem Aufgabenstellungen, die es wert seien, im Kontinuum bearbeitet zu werden. Das betreffe in einem besonderen Maße das Thema „Gleichstellung“.

Die Frage zur Landesfachstelle Trauma und Leben im Alter werde an das MAGS weitergeleitet.

Zum Thema „Prostituiertenschutz“: Die kommunalen Stellen berichteten, dass die Gesundheitsberatung von der gesamten Szene wenig aufgesucht werde aus Angst, dass

möglicherweise doch Namen weitergegeben würden. Es finde ein sehr enger Austausch mit den kommunalen Stellen statt, auch bundesweit. Nordrhein-Westfalen sei von den 16 Ländern bei dem Thema am weitesten. Man beabsichtige, sich nach einem halben Jahr die Entwicklung anzusehen und dann über Weiterentwicklungen nachzudenken.

Die Kompetenzzentren Frau und Beruf würden fortgeschrieben und sehr intensiv begleitet. Man habe ein Interesse daran, dass das Thema „berufliche Gleichstellung und Potenzialentwicklung“ in Nordrhein-Westfalen mit einer adäquaten Struktur begleitet werde. Man werbe auch im Staatssekretärsausschuss dafür, dass die europäische Förderung weiter fortgesetzt werde. Sie hoffe, in absehbarer Zeit eine positive Nachricht zur Weiterzahlung der europäischen Mittel zu bekommen.

Josefine Paul (GRÜNE) begrüßt, dass die Kompetenzzentren weiter gefördert würden.

Sie habe sich natürlich bereits über die Zukunft der Landesfachstellen Trauma und Leben im Alter informiert. Aus der Niederschrift zum Berichterstattegespräch gehe hervor, dass die Regionalstellen bereits darüber in Kenntnis gesetzt worden seien, dass sie in dieser Form nicht über den 31. Dezember 2017 hinaus gefördert werden sollten. Aber dort stehe auch, dass Überlegungen angestellt werden sollten, wie die vorhandenen Kenntnisse und Kompetenzen in anderer Form weiter genutzt werden könnten.

Ihr sei wichtig, dass diese Kompetenzen erhalten blieben. Sie hielte es auch für sinnvoll, die in diesen Landesfachstellen zu erhalten. Aber wenn das nicht der Wunsch der Landesregierung sei, teile ihre Fraktion dieses Ansinnen der Landesregierung nicht, sei aber nichtsdestotrotz an den weiteren Planungen interessiert, wie die Kompetenzen erhalten bleiben sollten. Sie bitte darum, dazu beim MAGS anzufragen.

Ministerin Ina Scharrenbach (MHKBG) sagt zu, diese Frage an das MAGS weiterzugeben.

Zur LAG der Autonomen Frauenhäuser habe sie noch nichts gesagt. Das sei nicht so monokausal, wie das von bestimmten interessierten Kreisen immer dargestellt werde. Dem Koalitionsvertrag könne entnommen werden, dass man sich durchaus fundiert mit einer Planung der spezialisierten Hilfeleistungsinfrastruktur auseinandersetzen wolle einschließlich der Frage, wie man das für die Zukunft absichere.

Bei den stationären Frauenhäusern seien in den letzten Jahren in NRW 27 Plätze abgebaut worden, obwohl die finanzielle Förderung des Landes so hoch sei wie noch nie. Vor dem Hintergrund betrachte sie das ein bisschen differenzierter. Diese Gespräche seien auch differenzierter gewesen.

Natürlich könne sie das nachvollziehen, dass Lobbyistenverbände die Presse nutzten, um für ihre Anliegen zu werben. Dann sollte aber gleichzeitig deutlich gemacht werden, dass in den eigenen Einrichtungen auch aufzuarbeiten sei, warum sich Dinge wie entwickelt hätten und welche Perspektiven es gebe. Das sollte nicht eindimensional nur auf die Finanzierung seitens des Landes zurückgeführt werden.

Man sei ja durchaus willig, was die Finanzierung anbetreffe. Aber man brauche auch verlässliche Strukturen auf der anderen Seite, auch in der Entwicklung und in der Abstimmung, wie man damit umgehe. Das sei alles.

Deswegen entspreche die Aussage der LAG nicht den Inhalten und dem Kern der Gespräche, die man geführt habe.

Der **Ausschuss** stimmt dem Einzelplan 08 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und AfD bei Enthaltung der Grünen zu.

2 **Geschlechtergerechtigkeit durch den Kinder- und Jugendförderplan sicherstellen – öffentliche Mittel geschlechtergerecht verteilen!**

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/1280

Stellv. Vorsitzende Susanne Schneider teilt mit, das Plenum habe den Antrag am 30. November 2017 federführend an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen überwiesen. Die Abstimmung zu diesem Antrag werde im federführenden Ausschuss erfolgen. Der federführende Ausschuss habe in seiner heutigen Sitzung den Antrag erstmalig beraten und eine Anhörung beschlossen.

Der **Ausschuss** beschließt mit den Stimmen von CDU und FDP, die sich für eine nachrichtliche Beteiligung an der Anhörung im federführenden Ausschuss aussprechen, gegen die Stimmen von SPD und Grünen, die eine pflichtige Beteiligung wünschen, bei Enthaltung der Fraktion der AfD, sich nachrichtlich an der Anhörung zu beteiligen.

Susanne Schneider
Stellv. Vorsitzende

14.02.2018/23.02.2018

140